

Staatsfeindliche Gruppe an der TH Dresden

13. März 1959

Information Nr. 118/59 – Bericht über die staatsfeindliche Gruppe an der Technischen Hochschule in Dresden

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 169, Bl. 6–8 (3. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Grotewohl – MfS: Beater, Ablage.

Verweis

Information [12/59](#).

Vom Ministerium für Staatssicherheit wurde eine an der Technischen Hochschule in Dresden existierende staatsfeindliche Gruppe von Studenten entlarvt, von denen 13 am 28. und 29.1.1959 festgenommen wurden. Diese Mitglieder der staatsfeindlichen Gruppe haben sich auf die Position des Antihumanismus, des bis zum Mord gehenden Verbrechens begeben und dabei noch die große Förderung und Unterstützung, die unser Staat den Studenten gibt, für ihre Verbrechen ausgenutzt.¹

Sie wollten übereinstimmend einen konterrevolutionären Aufstand herbeiführen und die Friedensvorschläge der SU, der DDR und der anderen Länder des sozialistischen Lagers durchkreuzen. Sie traten daher auch gegen den Beschluss des Westberliner Studentenkongresses, der sich für den Frieden aussprach,² auf und forderten in einem Schreiben an den britischen Rundfunk BBC die Fortsetzung des Kriegskurses der Adenauer-Regierung³ und die weitere atomare Aufrüstung Westdeutschlands

Die staatsfeindliche Tätigkeit begann bei einigen schon Ende 1955, wo sie an der Oberschule in Pirna eine illegale Gruppe bildeten, Hetzschriften herstellten und revisionistische Forderungen und Maßnahmen gegen die Hochschulpolitik ausarbeiteten, mit dem Ziel, auch in der DDR einen konterrevolutionären Putsch nach dem »Vorbild in Ungarn« herbeizuführen.⁴ Diese verbrecherische Tätigkeit setzten sie seit Herbst 1956 an der Technischen Hochschule in Dresden fort und beschlossen im Frühjahr 1958, eine größere staatsfeindliche Gruppe zu bilden und zur aktiveren Tätigkeit überzugehen.

Um zielstrebig und einheitlich ihre feindliche Tätigkeit durchführen zu können, wurde eine Konzeption ausgearbeitet, die – demagogisch verkleidet – in der Beseitigung der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR gipfelte und eine Reihe von politischen und auch wirtschaftlichen Forderungen und Maßnahmen beinhaltete, die das ermöglichen sollten. (Abschaffung der Plankommission, Liquidierung der LPG und dafür Errichtung starker Familienwirtschaften, Auflösung des Verteidigungsministeriums und des MfS usw.) Als erste Maßnahme sollte die Regierung der DDR zum Rücktritt gezwungen werden, weshalb sie sich bemühten, eine Massenbasis für ihre staatsfeindliche Gruppe und Konzeption durch neue Werbungen an allen Fakultäten und Semestern der TH und durch Bildung gleicher Gruppen an den anderen Hochschulen und Universitäten zu schaffen. Dies versuchten sie u. a. an der ABF Leipzig, an der Humboldt-Universität Berlin und an der Ingenieurschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt.

Außerdem wurde festgelegt, geschlossen in die CDU einzutreten und durch besonders aktive Mitarbeit getarnt, schnell höhere Funktionen zu erreichen und dann mittels des geplanten Einflusses der CDU-Mitgliederkreise ihre staatsfeindlichen Forderungen und Maßnahmen legal zu vertreten, was außerdem eine gemeine Diffamierung der CDU bedeutet hätte.

Um Material, technische Unterstützung und Hilfestellung für wirksame Flugblattaktionen und andere Provokationen zu bekommen, wandte sich die Gruppe an die KGU-Verbrecherzentrale⁵ in Westberlin und an das Lemmer-Ministerium.⁶ Sie selbst besaßen für derartige Zwecke einen Abzugsapparat und große Mengen Papier. In einem von dem Beschuldigten Schreiber⁷ entworfenen Flugblatt wurde der sowjetische Friedensvertrag verleumdete,⁸ freie Wahlen nach westlichem Muster und aktiverer Kampf gegen die Regierung der DDR durch Bildung von Untergrundgruppen gefordert.

Um einen wirksamen Kampf bis zum Terror und zur bewaffneten Auseinandersetzung führen zu können, wurde die vollständige Bewaffnung der Gruppenmitglieder festgelegt und beschlossen, auch bei allen sich bietenden Gelegenheiten, die nicht von ihnen hervorgerufen wurden, geschlossen einzugreifen, die Führung an sich zu ziehen und durch Flugblatt- und andere Aktionen zur Konterrevolution aufzurufen. So besaß die Gruppe bereits drei Gaspistolen, (die sie in Westberlin besorgten) zwei Pistolen 6,35, eine Pistole P 38 – 9 mm, einen Trommelrevolver, sämtlich mit dazugehöriger Munition und ¼ kg Sprengstoff sowie chemische Reagenzien zur Herstellung weiteren Sprengstoffes.

Ihrer feindlichen Tätigkeit völlig bewusst, bildeten sie eine spezielle Gruppe zur Absicherung ihrer illegalen feindlichen Tätigkeit, schufen sogenannte Dreier-Gruppen mit je einem Verantwortlichen und ein Warnsystem, bereiteten Funkverbindung vor und setzten je einen Verantwortlichen bzw. Sachverständigen für Sprengstoff, Waffenbeschaffung, Funk und Sicherheit ein. Sollte es trotz dieser Sicherungsmaßnahmen zu einzelnen Verhaftungen kommen, wollte man zu terroristischen Handlungen übergeben.

Dieser terroristische und antihumanitäre verbrecherische Charakter der staatsfeindlichen Gruppe kam auch zum Ausdruck, als sich das Mitglied der Gruppe, [Name], im November von dieser Feindtätigkeit zurückziehen wollte. Er wurde von der gesamten Gruppe vor die Wahl gestellt, entweder von ihnen erschossen zu werden oder unverzüglich nach Westberlin zu flüchten. Auch wurde bereits erörtert, »wie man [Name] am besten beseitigen könne«.

Von weiteren Angaben über die Beteiligung der einzelnen Gruppenmitglieder wird wegen des großen Umfangs Abstand genommen, wobei noch darauf hingewiesen wird, dass an der Technischen Hochschule in Dresden zu diesen Fragen noch vor dem Prozess ein Forum durchgeführt werden soll.

1

Der »Nationalkommunistische Studentenbund Deutschlands« wurde 1956 an der Technischen Hochschule Dresden von Studenten gegründet, die sich bereits Mitte der 1950er-Jahre noch als Schüler in Pirna und Grimma zusammengefunden hatten und in Freundeskreisen aktuelle politische und hochschulpolitische Fragen diskutierten. Die insgesamt 14 Mitglieder gaben sich im Frühjahr 1958 ein 16-Punkte-Programm, das politische Forderungen wie Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, Pluralismus der Ideologien, Auflösung des MfS, Aufhebung der Beschränkungen im Reiseverkehr u. a., enthielt, auf hochschulpolitischem Gebiet z. B. die Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung der Studenten, die Einschränkung des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts und eine größere Freizügigkeit bei der Auswahl der Hochschule und der Studienfächer einforderten. Die Gruppe lehnte die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ab und besorgte sich Waffen und Sprengstoff. Sie initiierte Flugblattaktionen, beschaffte verbotene Literatur und versuchte Kontakt aufzunehmen zur Westberliner KgU und dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen. Am 29.1.1959 wurden die Mitglieder verhaftet und bereits im April 1959 lief der erste Prozess gegen vier von ihnen. Sie erhielten Zuchthausstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Am 23. April 1959 wurden sechs weitere Mitglieder in einem zweiten Prozess zu Zuchthausstrafen zwischen drei und sechs Jahren verurteilt. Vgl. Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011, S. 91–162; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961. Berlin 2003, S. 466–468.

2

Am 3. und 4.1.1959 fand an der Freien Universität (FU) Berlin ein Studentenkongress gegen Atomrüstung statt, auch als »Atomtod-Kongress« in die Geschichte eingegangen. Von den Beschlüssen dieses Kongresses, die sich gegen die Deutschlandpolitik aller bundesdeutschen Parteien richteten, distanzieren sich wenige Tage später sowohl der AStA als auch der Akademische Senat der FU, da sich herausgestellt hatte, dass der Kongress von der FDJ dominiert worden war. An der Vorbereitung des Kongresses war für die FDJ der spätere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann Kant, wesentlich beteiligt. Am Kongress nahmen u. a. Ulrike Meinhof (damals Mitarbeiterin der Zeitschrift »konkret«) und der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt teil. Vgl. Webseite der FU Berlin: http://userpage.fu-berlin.de/chronik/chronik_1949-1960.html#04-07-1959 (letzter Abruf: 10.1.2021)

3

Konrad Adenauer, Jg. 1876, CDU-Politiker, 1949–63 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1950–66 Bundesvorsitzender der CDU.

4

Der Volksaufstand in Ungarn begann am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

5

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR

hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel, galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015; Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

6

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde 1949 gegründet und 1969 im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung in Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten umbenannt. Alle diplomatischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lagen formal im Zuständigkeitsbereich dieses Ministeriums, nicht des Auswärtigen Amtes. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen war von 1957–62 Ernst Lemmer. Deshalb wurde es damals auch »Lemmer-Ministerium« genannt.

7

Armin Schreiter, Jg. 1938, Maschinenbauingenieur, studierte ab 1957 Maschinenbau an der TU Dresden, wurde mit Aufnahme seines Studiums an der TU Dresden ab Anfang 1957 Mitglied des »Nationalkommunistischen Studentenbundes Deutschlands«, Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus im ersten Prozess gegen die Mitglieder des Studentenbundes, Haftentlassung 1964 aus dem Zuchthaus Torgau. Vgl. Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011, S. 106, 139–143.

8

Im Januar 1959 legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrages der im Zweiten Weltkrieg an den Kämpfen gegen Deutschland beteiligten Staaten mit der DDR und der Bundesrepublik den Besatzungsmächten als Vorschlag vor. Am 10.1.1959 überreichte der Botschafter der Sowjetunion M. G. Perwuchin diesen Entwurf Walter Ulbricht. Als Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrages werden darin der Austritt beider deutscher Staaten aus allen Militärbündnissen, der Verzicht auf moderne Waffensysteme, keinerlei Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostgebiete und der Abzug aller Besatzungstruppen formuliert. Zum Wortlaut des Entwurfes siehe ND v. 11.1.1959.